

sondere der Reform des Preis- und Lohnsystems, Schwierigkeiten." (4)

Das ungesteuerte Industriewachstum war verbunden mit einer ungünstigen Entwicklung im Außenhandel: Die Handelsbilanz für das erste Halbjahr 1985 zeigt ein beträchtliches Defizit. Spiegelbildlich dazu sanken die Devisenreserven. Auch der Investitionssektor wurde überanstrengt, so daß hier die Bremsen angezogen werden mußten. Zehn der neu geöffneten 14 Küstenstädte wurden angewiesen, ihre Investitionsprojekte zunächst zurückzustellen bzw. zu reduzieren.

Auch die Wirtschaftssonderzonen im Süden des Landes gerieten in das Kreuzfeuer der Kritik. Es wurde bemängelt, daß die Zentrale zuviele Investitionsmittel für die Wirtschaftssonderzonen aufbringen müsse, ohne daß adäquate Rückflüsse zu sehen seien. Ferner wurde aus den Wirtschaftssonderzonen bekannt, daß mit einigen ausländischen Firmen Schwierigkeiten aufgetreten seien, z.B. im Zusammenhang mit der Behandlung der chinesischen Arbeiter und Angestellten. Mehrere Äußerungen Deng Xiaopings, die unterschiedlich interpretiert wurden, sorgten für zusätzliche Irritationen (5).

Alle diese Erscheinungen lösten im Ausland Besorgnis aus. Werde der gegenwärtige Kurs der außenwirtschaftlichen Öffnung weiter verfolgt, so wurde gefragt, oder sei mit einer Rezentralisierung zu rechnen, mit stärkeren Eingriffen der zentralen Behörden, um den Ungleichgewichten Herr werden zu können. In diesem Beitrag soll die außen- und finanzwirtschaftliche Position der Volksrepublik untersucht werden. Es soll Aufschluß darüber gewonnen werden, welche Freiheitsgrade in diesen Gebieten existieren. Sind die Ungleichgewichte als Übergangsphänomene zu betrachten oder zeigen sie an, daß die betroffenen Reformmaßnahmen noch zu schwach verankert sind, um eine einigermaßen reibungslose Entwicklung des wirtschaftlichen Systems der neuen Observanz zu gewährleisten?

2.

Die Entwicklung des Außenhandels

2.1.

Allgemeine Tendenzen

Über die Entwicklung des Außenhandels der Volksrepublik gibt die Tabelle 1 "Außenhandel der Volksrepublik China" Auskunft. Nach einem relativ hohen Überschuß im Jahre 1982 (3,055 Mrd.US\$) war im Jahre 1984 ein Defizit von 1,090 Mrd.US\$ zu verzeichnen. In der ersten Hälfte des Jahres 1985 stieg das Defizit dramatisch auf

Tabelle 1
AUSSENHANDEL DER VR CHINA

	Exporte	Importe	Umsatz	Überschuß (+) bzw. Defizit (-)
1981	22,007	22,014	44,021	-0,007
1982	22,348	19,293	41,641	+3,055
1983	22,226	21,390	43,616	+0,836
1984	24,440	25,530	49,970	-1,090
1985, 1.Hälfte	11,261	14,422	25,683	-3,161

Quellen: State Statistical Bureau, Statistical Yearbook 1984, Hong Kong 1984; Ostinformationen, 24.1.85; XNA, 25.7.85.

3,161 Mrd.US\$ an.

Seit längerem sind jedoch die Außenhandelszahlen nach chinesischen Quellen nicht einheitlich. So wurden z.B. für das erste Halbjahr 1985 auch andere, von den Angaben des Außenhandelsministeriums abweichende Zahlen genannt, die auf den Zollstatistiken beruhen. Danach seien die Einfuhren auf 18,40 Mrd.US\$ gestiegen, während die Ausfuhren auf 11,99 Mrd.US\$ abgesunken seien. Mithin habe der Passivsaldo im Warenverkehr einen vorläufigen Rekordwert von 6,41 Mrd.US\$ erreicht (6). Die relativ großen Differenzen sind auf unterschiedliche Erfassungsmethoden, unterschiedliche Kriterien für Export und Import und wahrscheinlich auch die Umrechnungskurse der beiden staatlichen Stellen zurückzuführen. Von westlichen Experten wird die Berechnungsmethode des Zentralen Statistischen Amtes, auf die das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel fußt, für verlässlicher gehalten, da das Statistikamt nach mit westlichen Ländern vergleichbaren Erhebungsmethoden arbeitet, d.h. Exporte auf fob-Basis und Importe auf cif-Werten erfaßt.

Für den Rückgang der Exporte werden Gründe genannt (7), die mit der Wirtschaftsreform, insbesondere der Reform des Außenhandelswesens, in Verbindung stehen. Im Zuge der Wirtschaftsreform haben die Betriebe größere Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich ihres Produktionsprogramms und anderer Bereiche bekommen. Aufgrund der Einführung des Produktionsverantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft ist, von der Landwirtschaft ausgehend, die Kaufkraft im ganzen Lande gestiegen. Die Inlandsnachfrage nach vielen Gütern, die auch exportiert werden könnten, ist gestiegen. Da die Unternehmen im Inland höhere Preise erzielen können als im Export, konzentrieren sie sich auch auf den lukrativen Inlandsmarkt. Noch immer können viele Betriebe nicht direkt exportieren, sondern sind auf die Vermittlung der Außenhandelsgesellschaften angewiesen, die die Preise für die Lieferanten festsetzen.

ten angewiesen, die die Preise für die Lieferanten festsetzen.

Aber auch jenen Betrieben, die direkt exportieren können, und verschiedenen Außenhandelsgesellschaften haben die Exportanreize abgenommen. Bis zum Ende des Jahres 1984 waren die im Export auftretenden Verluste durch den Staat getragen worden. Diese Strategie war eingeschlagen worden, um an die dringend benötigten Devisen für Technologieimporte zu kommen. Im Zuge der Wirtschaftsreform trägt die Zentrale nicht länger die Verluste, Betriebe und Außenhandelsorganisationen sind selbst für Gewinne und Verluste verantwortlich, so daß sie nicht rentable Engagements scheuen.

Über die Größenordnung der im Export entstandenen Verluste geben die Angaben über die Zusammensetzung der Staatseinnahmen nach Quellen Hinweise (8). Zunächst fällt auf, daß die gesamten Einkommen der Unternehmen geringer sind als die Einkommen der Industrieunternehmen. Dies wird durch das Statistische Jahrbuch 1984 mit den relativ großen Verlusten durch Außenhandelsunternehmen und Getreideunternehmen erklärt. Die Differenzen betragen für das Jahr 1981 6,22 Mrd.Yuan, für 1982 10,06 Mrd. und für 1983 sogar 15,81 Mrd.

Bei den Exporten stiegen die Anteile von Rohmaterialien, z.B. von Mais, Sojabohnen und Baumwolle, während die Preise für diese Güter auf den Weltmärkten sanken. Ein Rückgang war jedoch bei Fertig- bzw. Halbfertiggütern, darunter Baumwollgarn, Baumwolltuch, Bekleidung, Schnitzereien, zu verzeichnen (10).

Der drastische Importanstieg ist neben den erhöhten laufenden Einfuhren an Roh- und Halbwaren, Produktions- und Transportmitteln, Betriebsausrüstungen und Technologie in erster Linie auf eine weitgehend außer Kontrolle geratene Einfuhr dauerhafter Konsumgüter zurückzuführen (9). Im ersten

Halbjahr 1985 sind Hunderttausende von Kühlschränken, Waschmaschinen, Kraftfahrzeugen, Videorecordern und Millionen von elektronischen Taschenrechnern, Fernsehgeräten, Kassetten-Radios und Uhren allein über die normalen Zollwege importiert worden. Der größte Teil der Einfuhrwaren kam aus Japan sowie auf dem Transitweg über Hongkong. Im Import besonders aktiv waren die vier Wirtschaftszone.

Im Importbereich war ein Boom hinsichtlich der genehmigten Einfuhrverträge für Technologie festzustellen. Mit 318 Einfuhrverträgen für Technologie, deren Wert um 44% über den Projekten des Vergleichszeitraumes 1984 lag, kann ein großer Teil des Anstiegs erklärt werden.

Um die Einfuhr vor allem von Konsumgütern einzuschränken, erließ der Staatsrat mit Wirkung vom 16.7.1985 an Sonderzölle. 80% Sonderzölle werden auf Personenkraftwagen, Minibusse, Minicomputer und Photokopiergeräte erhoben; 70% auf Videogeräte und Farbfernsehgeräte; 50% auf Lastkraftwagen und 40% auf veredelte Polyestergerne sowie synthetische Gewebe (11). Damit werden nicht nur für die Chinesen, sondern auch für die in der Volksrepublik arbeitenden Ausländer bestimmte Güter teuer. Ein Personenkraftwagen ist beispielsweise mit einer Zollabgabe von 200% des Warenwertes belastet.

Tabelle 2 gibt Auskunft über den Außenhandel der Volksrepublik mit den wichtigsten Partnerländern. Auffallend ist, daß die Position der Volksrepublik im Verhältnis zu diesen Ländern teilweise sehr stark defizitär ist. Alle genannten Länder, auch die Sowjetunion, kommen als Technologielieferanten für die Volksrepublik in Frage. Obwohl das sogenannte Triangulationsmuster des chinesischen Außenhandels - Handelsüberschüsse werden im Verkehr mit Ländern der Dritten Welt erzielt, während diese Überschüsse für Technologieimporte aus Industrieländern eingesetzt werden - weiterhin zu konstatieren ist, muß die Volksrepublik nun darauf achten, die jeweiligen bilateralen Handelsbilanzen wenigstens tendenziell auszugleichen. Die durch protektionistische Erscheinungen gestörten Weltmärkte reagieren sehr sensibel auf größere strukturelle Veränderungen. Probleme mit den Partnerländern der Volksrepublik sind daher allfällig und sollen nachfolgend detaillierter dargestellt werden.

Als ein Beispiel für den unkontrollierten Import sei die Kühl-schrankindustrie angeführt. Das

Tabelle 2
DER AUSSENHANDEL DER VR CHINA
MIT AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN
(Mio.Yuan)

	Exporte	Importe	Umsatz
Japan			
1981	8132,19	10510,16	18642,35
1982	9103,21	7386,23	16489,44
1983	8961,98	10904,81	19866,79
1984	11960	19300	31260
USA			
1981	2576,82	7945,74	10522,56
1982	3334,89	8109,23	11444,12
1983	3397,31	5462,79	8860,10
1984	5400	9120	14520
BRD			
1981	1426,80	2282,43	3709,23
1982	1463,09	1826,34	3289,43
1983	1704,46	2397,46	4101,92
1984	1933	2378	4311
UdSSR			
1981	209,15	260,36	469,51
1982	273,10	462,39	735,49
1983	633,02	874,41	1507,43
1984	1390	1610	3000

Quellen: State Statistical Bureau, Statistical Yearbooks of China 1983, 1984, Hong Kong 1983, 1984. 1984er Zahlen verschiedene Quellen.

Angebot an Kühlschränken in der Volksrepublik wird ab 1988 die Nachfrage übersteigen (12). Nach offiziellen Angaben haben nicht weniger als 60 Hersteller bis Ende März 1985 Installationen für die Fertigung von Kühlschränken importiert. Wenn die im Aufbau befindlichen Kapazitäten voll betriebsbereit sein werden, werde China im Jahre 1990 zur Herstellung von 13,9 Millionen Kühlschränken in der Lage sein. Die Zahl der Kühlschränkefabriken wird im nächsten Fünfjahresplan (1986-1990) von 116 auf 41 reduziert werden (13). Mit sofortiger Wirkung wurde Anfang Juli 1985 ein Verbot für die Errichtung weiterer Fabriken für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren erlassen. Die gesamte Kühl-schrankindustrie soll um 65% reduziert werden. Die verbleibenden Betriebe sollen auf 20 Städte und Provinzen verteilt werden, um eine rationelle Standortpolitik zu gewährleisten.

2.2. Die Partnerstruktur des chinesischen Außenhandels

2.2.1. Japan

Seit Mai 1985 versuchen chinesische Stellen, die Erfüllung von Importverträgen aus Japan zu verzögern. Betroffen sind vor allen Dingen Farbfernsehgeräte, Kühl-

schränke, Waschmaschinen und andere elektrische Produkte. Bis September 1985 werden die Lieferungen aus Japan jedoch eher noch zunehmen, da bestehende Verträge abgewickelt werden. Nach Oktober 1985 werden die Lieferungen scharf sinken, aller Voraussicht nach - so Informationen der japanischen Zeitung Nihon Keizai Shimbun - werden die Lieferungen auch im Frühjahr 1986 gering sein. Im ersten Quartal 1985 importierte die Volksrepublik aus Japan ca. 20.000 Motorfahrzeuge. Zur Jahresmitte 1985 wurden jedoch nur noch 1.500 Fahrzeuge pro Monat importiert (14). Das erste Halbjahr 1985 in den bilateralen Handelsbeziehungen schloß mit einem Überschuß der Japaner von 2,83 Mrd.US\$ ab (15). Aus japanischen Handelskreisen verlautete, daß der Anstieg der japanischen Exporte in die Volksrepublik auch darauf zurückzuführen sei, daß chinesische Einheiten in der Überhitzungsphase dringend benötigte Roh- und sonstige Materialien kauften (16).

Chinesische Stellen drängen nun die japanische Regierung, die wie es heißt - künstlichen Hindernisse für den Import chinesischer Waren, wie z.B. Reisstroh und Reisstrohprodukte, zu beseitigen und das zwischen beiden Staaten geschlossene Handelsabkommen in die Wirklichkeit umzusetzen (17). Die Volksrepublik könne Japan, so chinesische Funktionäre, auf langfristiger Basis mit Mais, Sojabohnen, Baumwolle und Gemüse versorgen sowie Textilien, Bekleidung und traditionelle Güter, wie z.B. Kastanien, Rohlack und Rosenholz, liefern. Ferner könnte in der nahen Zukunft das Volumen und die Produktpalette an Rohöl und Rohölprodukten erweitert werden. Auf dem Gebiet des Rohöls und der Ölprodukte gibt es seit einiger Zeit Schwierigkeiten für die chinesischen Exporteure, weil auf dem Weltmarkt überschüssige Quantitäten zu günstigen Preisen und Bedingungen angeboten werden.

2.2.2.

U.S.A.

Die Handelsströme von den Vereinigten Staaten in die Volksrepublik werden im wesentlichen charakterisiert durch Großprojekte. Am 1.Juli 1985 wurde beispielsweise ein Großprojekt begonnen, das die amerikanische Firma Occidental Petroleum Corp. zusammen mit chinesischen Organisationen betreibt. In dem Kohlegebiet von Pingshuo, ca. 200 km südwestlich von Beijing in der Provinz Shanxi, soll mit amerikanischer Technologie Kohle gefördert werden. Das Projekt hat einen Wert von 560 Mio.US\$. In den Lagerstätten von Pingshuo sollen 1,5 Mrd.t Kohle sein. Occidental

hält einen Anteil von 25% an dem Projekt, mithin ca. 175 Mio.US\$.

Die Arbeiten an dem Projekt werden erst im September 1987 voll aufgenommen werden können. Der Abschluß des Projektes war dadurch verzögert worden, daß es Auseinandersetzungen über die Bezahlung der 1.700 Chinesen, die in der Zeche arbeiten werden, gab. Die Chinesen sollten nämlich nach amerikanischen Standards bezahlt werden, was einen Lohn bedeutet hätte, der 50mal über den chinesischen Sätzen gelegen hätte. Auch unter dem Eindruck fallender Kohlepreise gaben die Chinesen schließlich nach; die Arbeit wird auf der Basis der produzierten Kohle bezahlt (18).

Ein zweites Großprojekt war der Kauf von vier Flugzeugen vom Typ Boeing 737-300 durch die China Southwest Airlines, eine der neugegründeten Fluglinien der Volksrepublik China. Die Flugzeuge, von denen jedes ca. 26 Mio.US\$ kostet, sollen innerhalb eines Jahres geliefert werden (19). Bereits im Mai 1985 hatte die CAAC, die staatliche zivile Fluggesellschaft der Volksrepublik, acht Flugzeuge von Boeing im Werte von ca. 350 Mio.US\$ gekauft (20).

Hinsichtlich des Kaufs von Nuklearkraftwerken könnten die Vereinigten Staaten trotz eines Kooperationsabkommens zu spät gekommen sein. Am 23.7.1985 wurde im Weißen Haus in Washington ein Kooperationsabkommen für die friedliche Nutzung der Atomkraft zwischen der Volksrepublik und den USA unterzeichnet. Das Abkommen markierte das Ende von mehreren Jahren von Verhandlungen. Es war bereits vor 15 Monaten in Beijing formuliert worden, war jedoch wegen amerikanischer Befürchtungen, daß die Volksrepublik China Pakistan bei der Entwicklung eines Nuklearprogramms helfen könne, herausgezögert worden. Wie aus Kreisen der amerikanischen Nuklearkraftwerksindustrie zu hören war, habe der vertragslose Zustand die amerikanischen Geschäfte behindert. Inzwischen stehen die deutsche Kraftwerk Union AG und die staatliche französische Atomgesellschaft Framatome kurz vor einem Vertragsabschluß mit den Chinesen (21).

Im Jahre 1985 hat die Volksrepublik China bislang in den USA nur 270.000 t Weizen gekauft. Der Rahmenvertrag für die Lieferung amerikanischen Weizens in die Volksrepublik sieht ein Quantum von 626.000 t für das Jahr 1985 vor (22). Noch 1984 kaufte die Volksrepublik 4,12 Mio.t Weizen. Der Rückgang der Weizenlieferungen ist zum einen dadurch zu erklären, daß die chinesischen Ernten in den

letzten Jahren sehr gut gewesen sind und daß die Chinesen Getreidereserven aufbauen konnten. Zum anderen spielen sicher Bemühungen der Amerikaner eine Rolle, chinesische Importe in die USA zu begrenzen.

Wie der chinesische Staatspräsident Li Xiannian während seines Amerikabesuches betonte, betrage das Handelsbilanzdefizit der Volksrepublik im Verkehr mit den USA für den Zeitraum 1972 bis 1984 kumuliert ca. 14 Mrd.US\$. China bestehe nicht auf einen absoluten Ausgleich der Handelsbilanz, doch ein solches Defizit könne die Entwicklung des bilateralen Handels tangieren (23).

Der "US Textile and Apparel Trade Enforcement Act of 1985" (Jenkins Bill) sieht vor, die Einfuhr von Textilien und Bekleidung in die USA bis auf bestimmte Quoten zu reduzieren. Der Hintergrund ist das riesige amerikanische Handelsbilanzdefizit, das 1984 123 Mrd.\$ erreichte und möglicherweise 1985 150 Mrd.\$ betragen wird. Für die Volksrepublik China würde die Jenkins Bill einen Verlust von ca. 500 Mio.US\$ an Exporten in die USA bringen. Die chinesischen Exporte würden nämlich gegenüber einem "normalen" Niveau von 1985 um 56% sinken. Acht wichtige Warenkategorien würden Kürzungen von mehr als 90% und weitere 15 Kategorien würden Kürzungen um 80% hinnehmen müssen. Die chinesischen Textil- und Bekleidungsexporte in die Vereinigten Staaten erreichten 1984 insgesamt 1,32 Mio.US\$, das waren 43% der Gesamtexporte der Chinesen in die USA (24).

In einem Brief, den der chinesische Botschafter in Washington, Han Xu, an einen Vertreter des amerikanischen Handelsministeriums übermittelte, heißt es: "Diese Gesetzgebungsmaßnahme verletzt sowohl das Textilabkommen zwischen den USA und China als auch das Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern sowie das Multifibre Arrangement. Falls das Gesetz verabschiedet würde, würde dies einen ernsten Schlag für die chinesischen Textil- und Bekleidungsexporte und die chinesischen Möglichkeiten sein, Devisen zu verdienen." In dem Brief heißt es dann weiter: "Die drastische Reduzierung des chinesischen Textil- und Bekleidungshandels, die das Ergebnis des neuen Gesetzes wäre, würde die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern ernsthaft gefährden." (25)

Wahrscheinlich würden die Chinesen, falls das Gesetz in Kraft tritt, Retorsionsmaßnahmen ergreifen. Bei den verantwortlichen amerikanischen Kreisen, die die Ver-

abschiedung der Jenkins Bill betreiben, würde dann die Erkenntnis wachsen, daß das amerikanische Handelsbilanzdefizit nicht nur das Ergebnis von zu hohen Einfuhren ist.

2.2.3. Bundesrepublik Deutschland

Die Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den letzten Jahren günstig entwickelt; im Jahre 1983 überstieg der Handelsumsatz die 4 Mrd.Yuan-Marke. Auf der 4. Tagung des chinesisch-deutschen gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die im Februar 1985 in Bonn stattfand, kamen beide Seiten überein, daß sich das bilaterale Handelsvolumen bis zum Jahre 1990 verdoppeln solle. Allerdings ist auch die bilaterale Handelsbilanz für die Volksrepublik China negativ. Nach der deutschen Außenhandelsstatistik betragen die deutschen Exporte nach China vom Januar bis Mai 1985 2,066 Mrd.DM, während die Einfuhren nur 1,152 Mrd.DM betragen. Mithin gibt es ein Handelsbilanzdefizit für die Volksrepublik China in Höhe von 914 Mio.DM (26).

Die Defizite im Warenverkehr mit Westeuropa wurden von Ministerpräsident Zhao Ziyang anlässlich seines Deutschlandbesuches angesprochen. Am 10.Juni 1985 erklärte er vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag, daß die Defizite in den vergangenen sechs Jahren insgesamt 4 Mrd.US\$ erreicht hätten. Dies würde unausbleiblich die Zahlungsfähigkeit der Volksrepublik für eine verstärkte Einfuhr von Waren aus Westeuropa beeinträchtigen. Zhao sprach die Hoffnung aus, daß westeuropäische Staaten, und darunter natürlich vor allem die Bundesrepublik Deutschland, den Import von chinesischen Waren erleichtern können (27).

Chinesische Außenhandelsexperten wiesen anlässlich des Besuches von Ministerpräsident Zhao Ziyang in Deutschland daraufhin, daß sich die deutsche Haltung hinsichtlich des Technologietransfers im Vergleich etwa zu den Japanern wesentlich unterscheide, die Deutschen stünden dem Technologietransfer offener gegenüber wenngleich sie auch bei der Implementierung von Projekten größere Schwierigkeiten hätten als die Japaner, die aus geographischen und kulturellen Gründen eine größere Nähe zu den Chinesen besäßen (28).

2.2.4. Sowjetunion

Der chinesisch-sowjetische Außenhandel stieg in den letzten Jahren gewaltig an. Von einem Außenhandelsumsatz in Höhe von 469,51 Mio. Yuan im Jahre 1981 stieg der Umsatz auf 1,507 Mrd. Yuan im Jahre 1983. Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich dann der Umsatz auf 3 Mrd. Yuan.

Am 10. Juli 1985 wurde in Moskau ein Handelsabkommen für die Jahre 1986 bis 1990 unterzeichnet, das eine jährliche Steigerung der gegenseitigen Warenlieferungen vorsieht. Der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident, Iwan Archipov, und einer der stellvertretenden Premierminister der Volksrepublik, Yao Yilin, unterzeichneten außerdem mehrere Vereinbarungen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beim Bau und bei der Rekonstruktion von chinesischen Wirtschaftsprojekten.

Wie die amtliche Nachrichtenagentur TASS berichtete, sieht das jetzt unterzeichnete Handelsabkommen vor, das Volumen des Handels bis 1990 auf rund 12 Mrd. Rubel (nach dem gegenwärtigen Kurs fast 43 Mrd. DM) zu erhöhen. Nach Berichten aus Beijing wird sich der bilaterale Handel im Jahre 1985 voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr um 36% auf 1,6 Mrd. US\$ erhöhen.

Dem Bericht der Nachrichtenagentur TASS zufolge ist vorgesehen, daß sich die UdSSR in der Volksrepublik am Bau von sieben neuen Wirtschaftsprojekten und an der Rekonstruktion von 17 Projekten z.B. in den Bereichen Energie, Eisen- und Buntmetallurgie, Maschinenbau, Kohleindustrie, Chemie, Transport beteiligt. Unter dem neuen Handelsabkommen werde die UdSSR Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel, Rohprodukte sowie Güter für die Bereiche Bauwesen und Chemie liefern. Aus China werde die UdSSR landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe sowie Konsumgüter einführen (29). Am 18. Juli 1985 wurde in Beijing ein Abkommen über die Lieferung von sowjetischen Flugzeugen an die Volksrepublik unterzeichnet. Entsprechend diesem Vertrag wird die Volksrepublik in den Jahren 1985 und 1986 insgesamt aus der Sowjetunion 17 Verkehrsflugzeuge des Typs TU-154 M kaufen. Über den Wert des Vertrages wurden keine Angaben gemacht (30).

Ein Kommentar von Radio Moskau hatte in chinesischer Sprache am 9. Juli 1985 auf die "großen Vorteile und günstigen Aussichten" des sowjetisch-chinesischen Handels hingewiesen. Da 70% der chinesischen Industrie noch immer mit

sowjetischen Maschinen und Technologien ausgerüstet seien, sei die Sowjetunion mit ihrer "fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik" bestens in der Lage, modernste Ausrüstungen für die Entwicklung der Volksrepublik zu liefern. Umgekehrt benötige die Sowjetunion aus der Volksrepublik große Mengen an Mineralien und Konsumgütern. Dieses Geschäft könne zwischen den beiden Planwirtschaften im Tausch und zu festen Preisen abgewickelt werden und stoße nicht, wie Chinas Handel mit Japan und den USA, auf Zollmauern und Währungsprobleme. Der Kommentator kritisierte aber auch, daß bislang Chinas Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion nur ein Fünftel seines Handelsvolumens mit Japan und den USA betrage (31).

Offensichtlich sind beide Seiten übereingekommen, auf der rein pragmatischen Ebene des Handels stärker als zuvor zusammenzuarbeiten. Politisch hingegen scheint es nach wie vor keine Aussichten auf eine Überwindung der drei Hindernisse zu geben, die nach den chinesischen Forderungen wie folgt lauten: Verdünnung der sowjetischen Truppen an der gemeinsamen Grenze, Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und Aufgabe der Unterstützung für die vietnamesischen Besatzungstruppen in Kambodscha (32).

3. Zur außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik

3.1. Die Wirtschaftssonderzonen

Durch einige ambivalente Äußerungen Deng Xiaopings waren die vier Wirtschaftssonderzonen im Süden der Volksrepublik ins Gerede gekommen (33). Die Tatsache, daß Deng Xiaoping sich ambivalent über den Zustand bzw. die Entwicklung insbesondere von Shenzhen geäußert hatte, ließ und läßt darauf schließen, daß die Entwicklung in den Zonen nicht entsprechend den Wünschen der Führung in Beijing vorangegangen ist. Tabelle 3 zeigt die Höhe der Investbau-Investitionen und des industriellen Bruttoproduktionswertes für den Zeitraum 1978 bis 1. Hälfte 1985.

Zwar sind sowohl Investbau-Investitionen als auch industrieller Bruttoproduktionswert ständig gestiegen, doch lassen sich anhand dieser Zahlen noch keine Angaben machen über die wirtschaftlichen Erfolge, geschweige denn über die Rückflüsse an die verschiedenen Investorgruppen.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua sollen bis Ende

Tabelle 3
INVESTBAU-INVESTITIONEN UND
INDUSTRIELLER BRUTTOPRODUKTIONS-
WERT a) IN SHENZHEN (Mio. Yuan)

	Investbau- Investitionen (vertr. ver- einbart)	industr. Bruttopro- duktions- wert
1978		60,000 b)
1979	49,880	60,610
1980	124,870	84,440
1981	270,390	242,820
1982	632,650	362,120
1983	885,930	720,410
1984	1.600,000 d)	1.800,000 c)
1985, 1. Hälfte e)	1.050,000	1.300,000

a) RMRB, 29.3.1984.

b) Yangcheng Wanbao, 16.2.83, zit. nach China Report, Economic Affairs, 26.4.83.

c) Da Gong Bao, 26.7.85, zit. nach SWB, 31.7.85.

d) Schätzung nach Wen Wei Po, 7.6.85, zit. nach SWB, 11.6.85.

1984 3.489 Übereinkünfte bzw. Verträge geschlossen worden sein mit Investitionen in Höhe von insgesamt 2,32 Mrd. US\$. Davon seien 593 Mio. US\$ bereits eingesetzt (34). Ca. 56% des industriellen Bruttoproduktionswertes in der ersten Hälfte des Jahres 1985 seien durch Joint Ventures oder Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern erbracht worden. Die Höhe der Finanzeinnahmen habe 375 Mio. US\$ betragen (35).

Hinsichtlich der staatlichen Zuschüsse für Shenzhen hatte der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin die sogenannte Bluttransfusions-Theorie aufgestellt. Danach sei Shenzhen noch eine längere Zeit von Bluttransfusionen - also Investitionsmitteln - der Zentrale abhängig. Dem wurde aus Führungskreisen der Wirtschaftssonderzone widersprochen, allerdings mit unterschiedlichen Zahlenangaben. Vgl. dazu die nachfolgende Tabelle 4.

Liang Xiang, der Bürgermeister von Shenzhen, bezifferte die direkten Leistungen des Staates auf nur 3,8% der Gesamtinvestitionen in Shenzhen für den Zeitraum 1980-1985. Zou Erkang, ein Mitglied des Ständigen Ausschusses der Kommunistischen Partei der Stadt Shenzhen, kam auf 7%.

Angesichts der Überdehnung des Investitionsbereiches wurden auch für die Wirtschaftssonderzonen von der Zentrale Beschränkungen festgelegt. Auf einer Konferenz, an der die Bürgermeister der 14 offe-

Tabelle 4
INVESTITIONEN IN SHENZHEN NACH
HERKUNFT 1980-1985 (in %)

	Liang Xiang a)	Zou Erkang b)
Ausland	22,5	83,0
Bankkredite	36,5	
lokale Fonds	26,6	
Provinzen u. regie- rungsunmittelbare Städte	11,6	6,0
zentrale Abteilungen (Staat)	3,8	7,0
	101,0	96,0

a) Zeitraum, 1980-Juni 1985; Investitionssumme 4,6 Mrd. Yuan.

b) Zeitraum: "letzte fünf Jahre".

Quellen: XNA, 31.7.85; Wen Wei Po, 13.7.85, zit. nach SWB, 17.7.85.

nen Küstenstädte, der 4 Wirtschaftssonderzonen und der Insel Hainan teilnahmen, wurde beschlossen, daß sich die Investbau-Investitionen für Shenzhen innerhalb der Grenzen des Jahres 1984 bewegen sollten, das wären 1,6 Mrd. Yuan. Die Stadt hatte für 1985 Investitionen in Höhe von 2,5 Mrd. Yuan geplant. Auch die Investitionen von Zhuhai sollten innerhalb der Grenzen von 1984 mit 340 Mio. Yuan bleiben. Zhuhai hatte jedoch bereits in der ersten Hälfte 1985 mehr investiert, so daß sich die Zentrale bereit erklärte, nach einer Untersuchung der Situation die Planzahl zu überdenken. Die ursprünglich geplante Investitionssumme für Xiamen für 1985 betrug 1 Mrd. Yuan. Nach den Vorstellungen der Zentrale soll dieser Betrag auf 800 Mio. Yuan reduziert werden (37).

Angesichts einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Arbeitern und ausländischen Investoren wurde die Rolle der Gewerkschaften in den Wirtschafts-sonderzonen gestärkt. Am 25. Mai 1985 traten nach Genehmigung durch den Ständigen Ausschuss des Volkskongresses der Provinz Guangdong Gewerkschaftsregeln für die Wirtschaftssonderzonen in der Provinz in Kraft. Darin wird festgehalten, daß die Gewerkschaften in Unternehmen, die ganz oder teilweise in ausländischer Hand sind, die Interessen der Arbeiter vertreten sollen und juristische Personen sind. Die Gewerkschaften haben das Recht, Delegierte ohne Stimmrecht in die Sitzungen des Vorstandes zu entsenden, wenn es um Beförderungen, Bestrafungen, Lohnfragen und Arbeitsschutz geht. Wenn ein Un-

ternehmen Arbeiter entlassen oder disziplinäre Maßnahmen gegen Arbeiter ergreifen will, so müssen die Gewerkschaften rechtzeitig informiert werden (38).

In einem der Streitfälle hatte eine Hongkonger Firma, die Spielwaren herstellt, die Arbeiter zu 4 bis 6 Überstunden pro Tag veranlassen wollen, um einige eilige Aufträge abzuwickeln. Die Gewerkschaft intervenierte, und in den nachfolgenden Verhandlungen wurde dann beschlossen, daß der vertraglich vereinbarte 8-Stunden-Tag eingehalten werde. In einem anderen Fall hatte eine Gruppe von chinesischen Arbeitern in einer japanischen Elektromaschinenfabrik verlangt, daß der Urlaub anlässlich des Frühlingsfestes 1984 verlängert werden sollte. Die japanische Gesellschaft hatte den 3tägigen Urlaub bereits auf 5 Tage verlängert. Es gab jedoch einige getrennt von ihren Familien lebenden Arbeiter, die einen längeren Urlaub forderten und ihrer Forderung mittels einer Streikdrohung Nachdruck verleihen wollten. Die Gewerkschaft konnte jedoch die Arbeiter überzeugen, daß deren Forderung unangemessen war; die Forderung wurde dann auch fallengelassen (39).

Hinsichtlich der seit längerem aufgetauchten Währungsprobleme in Shenzhen hat sich bislang keine Änderung ergeben. In Shenzhen sollte eine frei konvertierbare Zonenwährung eingeführt werden. Die Zonenwährung sollte an den Hongkong-Dollar und an den US-Dollar gebunden werden; der Hongkong-Dollar, Ausländerzertifikate und Renminbi sollten nicht mehr benutzt werden (40). Ende Mai teilte der Staatskommissar Gu Mu mit, daß die Einführung einer Sonderwährung verschoben worden sei; es müßten erst bessere Vorbereitungen getroffen werden (41). Die Situation in Shenzhen erlaubt nach wie vor Devisenspekulationen (42), aber auch Falschgeld ist im Umlauf. Gegen Ende Mai 1985 waren in Shenzhen Falschgeldscheine im nominellen Wert von 2,18 Mio. HK\$ und 8.460 US\$ gefunden worden (43).

Zusammenfassend kann die Situation in Shenzhen wie folgt beurteilt werden (44). Shenzhen ist im wesentlichen eine Einkaufsstadt für Chinesen aus dem angrenzenden Mutterland, industrielle Investitionen spielen eine relativ geringe Rolle. Das beweisen die folgenden Zahlen. Die insgesamt erwirtschafteten Gewinne stammen zu 34% aus den beiden Sektoren Tourismus und Einzelhandel, zu 25% aus der Industrie und zu 18% aus dem Bauwesen. Hochtechnologieinvestitionen sind selten; es überwiegen Projekte, in denen Einfachtechnologien, vor al-

lem aus Hongkong, verwendet werden. Von den 498 Produktionsprojekten in Shenzhen gegen Ende 1984 fallen nach Schätzungen von Führungskadern der Stadt nur ca. 10% in die Kategorie der Hochtechnologie. Der Rest bezieht sich auf einfache Produkte, wie z.B. Radios, Strickwaren, Plastikblumen usw.

Einige Investoren in Shenzhen überlegen sich bereits, den Sitz ihrer Unternehmungen weiter nördlich in die industriellen Zentren der Volksrepublik zu verlegen. Dort sei man näher bei den großen Märkten, möglicherweise sei dort auch eine bessere Versorgung mit Infrastruktur, Rohmaterialien usw. gewährleistet. Shenzhen und die anderen Wirtschaftssonderzonen befinden sich also nach der Öffnung der 14 Küstenstädte und der Bildung weiterer für die Außenwelt geöffneter Hochwachstumszonen in einem Konkurrenzkampf, dessen Ergebnis noch nicht voraussehen ist.

3.2.

Die anderen wirtschaftlichen Sondergebiete

Wie Staatskommissar Gu Mu mitteilte, hat die Regierung sich entschieden, zunächst nur den vier Küstenstädten Shanghai, Tianjin, Dalian und Guangzhou Priorität zu geben, da in diesen Städten recht gute Bedingungen für ausländische Investitionen existierten. In den anderen 10 Städten mangle es an diesen Voraussetzungen (45). Die 10 anderen Städte sollten hinsichtlich der Unterzeichnung von Verträgen mit ausländischen Investoren das Tempo drosseln. Zuerst solle hart gearbeitet werden, um das Investitionsklima zu verbessern (46). Bei der Tempodrosselung handele es sich jedoch, so Gu Mu ausdrücklich, um ein "zeitweiliges Phänomen".

Inzwischen hat die Führung wohl die Überzeugung gewonnen, daß die infrastrukturelle Ausstattung der kleineren Küstenstädte noch nicht genügt, um Investoren in wünschenswerter Quantität und Qualität anzulocken. 1985 werden die Küstenstädte insgesamt eine zusätzliche Kapazität von 3,6 Mio. kW erhalten. In den nächsten fünf Jahren sollen weitere Thermokraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 18,75 Mio. kW gebaut werden. Ein Kader aus dem Ministerium für Wasserreserven und Elektrizität hatte mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Küstengebiete dadurch behindert würde, daß es ständig an Elektrizität mangle (47).

Die drei neu für die Außenwelt geöffneten Flußdeltazonen wurden

aufgerufen, große Anstrengungen zu machen, um die ländliche Produktionsstruktur anzupassen. Aufgrund dieser Anpassung sollen sog. kombinierte Produktionsbasen von Handel, Industrie und Landwirtschaft errichtet werden. Nachdem in diesen drei Zonen Erfahrungen gewonnen worden sind, sollen die Gebiete der Halbinseln Liaodong und Shandong ebenfalls für die Außenwelt geöffnet werden (48).

Auf der Insel Hainan, die wirtschaftliche Sonderrechte genießt, quasi eine Wirtschaftszone ist und verwaltungsmäßig der Provinz Guangdong untersteht, wurde ein großer Spekulationsfall aufgedeckt, der zur Ablösung einer Reihe von Führungskadern führte. Seit Ende 1984 wurden 100 hochkarätige Kader von Beijing aus mobilisiert, um eine Untersuchungsgruppe zu bilden. Die Ergebnisse der Untersuchung gingen dahin, daß von der letzten Hälfte 1984 bis Anfang 1985 in Hainan große Quantitäten importierter Güter, darunter mehr als 80.000 Motorfahrzeuge, mehrere hunderttausend Fernsehgeräte, mehr als 100.000 Videorekorder sowie Chemiefasern, Nylongarn usw., in die übrigen Gebiete der Volksrepublik weiterverkauft worden seien. Der Gesamtwert dieser Ware überschreite 3 Mrd. Yuan. Unter denjenigen Kadern aus Hainan, die nun entlassen wurden, befindet sich auch Lei Yu. Lei Yu hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1983 einen Untersuchungsbericht über Hainan geschrieben und war daraufhin auf den Direktorposten des Verwaltungsamtes in der Verwaltungsregion Hainan berufen worden (49).

Wie der Parteisekretär der Provinz Guangdong, Lin Ruo, jedoch mitteilte, wird die allgemeine Entwicklungspolitik für die Insel Hainan nicht verändert. Die Kader in Hainan wurden aufgerufen, Lehren aus dem Skandal zu ziehen und das Prinzip der Öffnung zur Außenwelt korrekt anzuwenden und die Reformen durchzuführen (50).

4. Monetäre Probleme

4.1. Devisen und Auslandsverschuldung

Die folgende Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der Devisenreserven bis März 1985.

Nach Schätzungen ausländischer Bankenkreise sollen die Devisenreserven bis Ende Juni 1985 noch weiter auf 7,5 Mrd. US\$ abgesunken sein. Dies entspräche dem Umfang der Importe für vier Monate (51). Die Goldreserven der Volksrepublik beliefen sich Mitte 1985 unverän-

Tabelle 5
DEISENRESERVEN UND KREDITOBLIGO
DER VR CHINA Ende 1979-März 1985

	Devisenreserven (Mrd. US\$)	Kreditobligo (Mrd. US\$)
Ende 1979	2,154	
Ende 1980	2,264	
Ende 1981	4,773	
Ende 1982	11,125	
Ende 1983	14,342	3,020
Ende 1984	14,420	
März 1985	11,262	3,955

Quellen: Zhongguo Jinrong, verschiedene Nummern; NFA, 15.7.85.

dert auf 12,67 Mio. Feinunzen (ca. 393.000 kg), repräsentieren also einen Wert von gegenwärtig ca. 4,24 Mrd. US\$. Das Guthaben beim Internationalen Währungsfonds betrug im März 1985 2,4 Mrd. US\$.

Den Währungsreserven stand ein Kreditobligo in Höhe von 3,955 Mrd. US\$ entgegen. Über die Höhe der Lieferantenkredite sind keine genauen Zahlen bekannt. Sie dürften einige Milliarden US-Dollar betragen.

Setzt man die obengenannten Angaben zueinander in Beziehung, so ergibt sich noch keineswegs ein kritisches Bild der Devisensituation. In die Überlegungen einbezogen werden müssen sicherlich auch die Investitionen für die Offshore-Ölförderung und Joint Ventures im Ausland, die nach Angaben von Staatskommissar Gu Mu in den letzten fünf Jahren 4,1 Mrd. US\$ betragen haben sollen (52).

Um den steigenden Finanzbedarf zu decken, hat die Volksrepublik beschlossen, die Goldvorkommen beschleunigt auszubeuten. Privaten und kollektiv organisierten Goldgräbern sollen 958,7 Yuan pro Feinunze Gold gezahlt werden, gegenüber dem früheren Preis von 895,70 Yuan, der unterhalb des Weltmarktniveaus liegt. Die Erhöhung soll den bislang florierenden Schmuggel mit Gold unterbinden. Die Goldproduktion soll während des 7. Fünfjahresplanes (1986-1990) durch die Eröffnung von rund 140 neuen Goldminen und die Modernisierung der technischen Ausstattung um 15% durchschnittlich pro Jahr gesteigert werden. Die bisherige jährliche Fördermenge ist nicht bekannt, aber die unerschlossenen Goldvorräte, u.a. in den Westprovinzen Qinghai, Xinjiang und Gansu, gelten als beträchtlich. Den 110.000 Bauern, die sich inzwischen landesweit auf das Goldschürfen verlegt haben,

wurden Staatszuschüsse versprochen. Bis 1975 war die Ausbeutung von Edelmetallen Staatsmonopol (53).

4.2. Geldmengenprobleme

Die Geldmenge war vor allem um die Jahreswende 1984/85 schnell angestiegen und hatte zu beträchtlichen Problemen geführt (54). Die gesamte Lohnsumme war 1984 gegenüber dem Vorjahr um 21% gestiegen, allein im letzten Quartal 1984 betrug die Steigerung gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres 46% (55).

Am 11.7.1985 erließ der Staatsrat Bestimmungen für die steuerliche Behandlung von Lohn- und Bonuszahlungen in den staatlichen Betrieben. Die Bestimmungen traten rückwirkend zum 1.1.1985 mit Beginn des Fiskaljahres in Kraft. Den neuen Bestimmungen zufolge wird der Lohnfonds eines staatseigenen Betriebes mit dem Betrag, der um mehr als 7% über die Lohnsumme des Vorjahres hinausgeht, einer progressiven Besteuerung unterworfen. Für Zuwächse von 7-12% beträgt der Steuersatz 30%, für Zuwächse zwischen 12 und 20% beträgt der Steuersatz 100% und für Zuwächse über 20% beträgt der Steuersatz 300% (56). Ebenfalls am 11.7.1985 wurden vorläufige Regelungen über die Bonussteuer in staatseigenen Betrieben erlassen. Die Besteuerung der zusätzlich zum Lohn gezahlten Boni setzt ein, sobald die Gratifikationen den Gegenwert von mehr als vier durchschnittlichen Monatsverdiensten in Höhe von zusammen rd. 240 Yuan erreicht haben. Die vier Monate übersteigende Bonuszahlung wird mit 30% besteuert. Der über fünf Monate hinausgehende Betrag wird mit 100% und der sechs durchschnittliche Monatsverdienste übersteigende Bonus sogar mit 300% besteuert. Für Engpaßbereiche, z.B. Bergbau, Transport usw., gelten Ausnahmeregelungen (57).

Die Bankkredite hatten 1984 gegenüber dem Vorjahr um 28,9% zugenommen, im Dezember waren sie gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres sogar um 48,6% angestiegen. (58) Um einerseits den Konsumfonds zu verringern und andererseits die Kreditaufnahme zu erschweren, wurden die Zinssätze laut der folgenden Tabelle 6 verändert.

Des weiteren wurden die Banken und andere finanzielle Institutionen mit einem Rundschreiben des Staatsrates vom 27. Juni 1985 ermahnt, die staatlichen Dekrete und Anweisungen strikt zu befolgen. Beispielsweise müßten Bankkredite

Tabelle 6
VERÄNDERUNGEN DER JÄHRLICHEN
ZINSSATZ FÜR DEPOSITEN UND
KREDITE (in %)

Fristen	alter Satz	neuer Satz
Depositen		
6 Monate	5,40	6,12
1 Jahr	6,84	7,20
3 Jahre	7,92	8,28
5 Jahre	8,28	9,36
8 Jahre	9,00	10,44
Kredite		
bis 1 Jahr	5,04	7,92
1- 3 Jahre	5,76	8,64
3- 5 Jahre	6,48	9,36
5-10 Jahre	7,20	10,08
Mindestlaufzeit		
10 Jahre	7,92	10,80

Quelle: XNA, 27.7.85.

durch Sicherheiten gedeckt sein. Für den Fall, daß Kredite für Anlageinvestitionen genutzt würden, oder im Falle von Hochzinskrediten müsse ein gewinnerzielendes Unternehmen als Garantiegeber dahinterstehen (59).

4.3. Staatshaushalt

Wie Finanzminister Wang Bingqian mitteilte, habe sich der Staatshaushalt zufriedenstellend entwickelt. Die Staatseinnahmen betrügen für die 1.Hälfte des Jahres 1985 81,36 Mrd.Yuan (54,2% des Budgets), und die Staatsausgaben hätten eine Höhe von 69,76 Mrd.Yuan (54,6% des Budgets) erreicht. Mit hin sei zur Jahresmitte ein Plus von 11,6 Mrd.Yuan erzielt worden. Von etwa März 1985 an habe sich die finanzielle Situation verbessert (60). Vor allem die Erhöhung der Staatseinnahmen ist wohl auf das starke Wachstum der Industrieproduktion zurückzuführen. Es bleibt abzuwarten, ob das Budget erreicht werden oder sogar positiv übertroffen werden kann, d.h., ob es zu einer Verringerung des geplanten Defizits kommen wird.

Die beiden in Abschnitt 4.2. genannten Gesetze werden sicherlich ihre Wirkung zeigen. Darüber hinaus wurde am 19.4.1985 der volle Text der "Provisorischen Regelungen über die Einkommenssteuer der Kollektivunternehmen der Volksrepublik China" veröffentlicht (61). Auch aus dem Bereich der kollektiveigenen Unternehmen werden nun also Steuern in den Staatshaushalt fließen.

5. Abschließende Bemerkungen

Im letzten Jahr des 6.Fünfjahresplanes ist die Volksrepublik in

eine Überhitzungsphase geraten. Es zeigen sich zwei Phänomene, die mittel- oder unmittelbar mit der Wirtschaftsreform, vor allem mit den Reformmaßnahmen vom 20.Oktober 1984, verbunden sind.

Zum einen wird klar, daß die Reform Kräfte entfesselt hat, die mit einer noch so strikten und detaillierten Planung nicht zu mobilisieren gewesen wären. Es muß jedoch differenziert werden: Der Aufschwung wird hauptsächlich in der Binnenwirtschaft spürbar, in der Außenwirtschaft macht sich der scharfe Wind der internationalen Konkurrenz bemerkbar. Die chinesische Exportwirtschaft, nicht mehr durch Subventionen gestützt, hat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Zum anderen muß festgehalten werden, daß die sogenannten makroökonomischen Steuerungselemente, mit denen die Führung versucht, eine gleichgewichtige Entwicklung voranzutreiben, nicht in der gewünschten Weise greifen. Die wirtschaftlichen Einheiten reagieren noch nicht auf feine Veränderungen der makroökonomischen Daten. Dies mag vor allem Mentalitätsgründe haben. Viele chinesische Manager sind noch nicht daran gewöhnt, schnell auf die Veränderungen der Rahmendaten zu reagieren. Wahrscheinlich reichen auch die Sanktionsmechanismen des Systems bei weitem noch nicht aus.

Da also eine Inkongruenz zwischen der faktischen Entwicklung und den makroökonomischen Steuerungsmechanismen besteht, muß oder mußte von der Zentrale wiederum mit administrativen Mitteln eingegriffen werden. Es bleibt wiederum abzuwarten, ob die Eingriffe richtig dosiert waren oder ob sie nicht zu einer starken Einengung des Handlungsspielraums der mittleren und unteren Ebenen führen werden. Eine Überzentralisierung, für die es keinen Anlaß gibt, würde negative Resultate wie in der Vergangenheit erzielen. In den Worten von Huang Xiang, eines führenden chinesischen Wirtschaftsberaters, liest sich das wie folgt: "Die Konsequenzen von Überzentralisierung sind: je mehr zentralisiert, desto starrer, desto fauler die Menschen; je fauler die Menschen, desto ärmer sind sie und desto größer ist der Bedarf an Zentralisierung..." (62)

Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu Jin Qi, Das Entwicklungstempo der Industrie kontrollieren, in: BRu, Nr.30, Juli 1985, S.4.
- 2) Vgl. XNA, 10.7.85.
- 3) Vgl. XNA, 15.7.85.
- 4) Jin Qi, a.a.O.
- 5) Vgl. zu den Äußerungen Deng

- Xiaopings die entsprechende Übersicht in diesem Heft.
- 6) Vgl. NfA, 2.8.85.
 - 7) Vgl. AWSJ, 2.7.85.
 - 8) Vgl. State Statistical Bureau, State Statistical Yearbook of China 1984, Hong Kong 1984, S.418.
 - 9) Vgl. NfA, 2.8.85.
 - 10) Vgl. XNA, 25.7.85, und AWSJ, 25.7.85.
 - 11) Vgl. dazu XNA, 15.7.85; NfA, 16.7. und 22.7.85.
 - 12) Vgl. dazu auch im folgenden NfA, 9.7.85.
 - 13) Vgl. AWSJ, 27.6.85.
 - 14) Vgl. AWSJ, 26.7.85.
 - 15) Vgl. AWSJ, 11.7.85.
 - 16) Vgl. AWSJ, 30.7.85.
 - 17) Vgl. XNA, 24.7.85.
 - 18) Vgl. IHT, 8.7.85.
 - 19) Vgl. Financial Times, 18.7.85.
 - 20) Vgl. AWSJ, 16.7.85.
 - 21) Vgl. dazu AWSJ, 25.7.1985; AFP, 26.7.1985.
 - 22) Vgl. AWSJ, 4.7.1985.
 - 23) Vgl. XNA, 26.7.1985.
 - 24) Vgl. AWSJ, 9.7.1985.
 - 25) Vgl. XNA, 13.7.1985.
 - 26) Vgl. NfA, 25.7.1985.
 - 27) Vgl. C.a., Juni 1985, S.356.
 - 28) Vgl. zu den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen vor allem C.a., Juni 1985, Ü 29, S.355 f, aber auch Oskar Weggel, Kaleidoskop der deutsch-chinesischen Beziehungen, ebenda, S.363 ff.
 - 29) Vgl. XNA, 11.7.1985 und NfA, 12.7.1985.
 - 30) Vgl. XNA, 19.7.1985.
 - 31) Vgl. NZZ, 24.7.1985.
 - 32) Vgl. FAZ, 10.7.1985.
 - 33) Vgl. dazu zusammenfassende Übersicht in diesem Heft.
 - 34) Vgl. XNA, 11.7.1985.
 - 35) Vgl. XNA, 20.7.1985.
 - 36) Vgl. dazu ausführlich C.a., Juni 1985, S.357 f.
 - 37) Vgl. dazu Wen Wei Po, 7.7.1985, zit. nach SWB, 11.7.1985.
 - 38) Vgl. XNA, 4.6.1985.
 - 39) Vgl. XNA, 14.6.1985 und AWSJ, 14.6.1985.
 - 40) Vgl. AWSJ, 7.5.1985.
 - 41) Vgl. AWSJ, 24.5.1985.
 - 42) Vgl. für einen gravierenden Fall aus der jüngsten Zeit Xinhua, 11.6.1985, zit. nach SWB, 18.7.1985.
 - 43) Vgl. Xinhua, 14.6.85, zit. nach SWB, 20.6.85.
 - 44) Vgl. auch im folgenden Jesse Wong, Shenzhen mirrors frustration of China, in: AWSJ, 8.7.85.
 - 45) Vgl. XNA, 15.7.85, zit. nach SWB, 18.7.85.
 - 46) Vgl. Xinhua, 18.7.85, zit. nach SWB, 20.7.85.
 - 47) Vgl. RMRB, 11.7.85.
 - 48) Vgl. Xinhua, 18.7.85, zit. nach SWB, 20.7.85; C.a., April 1985, S.224.
 - 49) Vgl. Ming Bao, Hong Kong, 30.7.85, zit. nach SWB, 1.8.85.

